

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. a. m. Bezugspreis frei nach Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., durch die Post bezogen monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Altkaserstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Restlandgebiete 1.25 M.; außerhalb 35 Pf.; Restlandgebiete 1.75 M. Zeitungspreise u. Abgabe laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 226

Freitag, 16. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Volksabstimmung?

Die Telegraphenunion meldete gestern aus Berlin: Das Kabinett beschäftigte sich mit der Frage einer Volksabstimmung über die Friedensbedingungen. Ein endgültiger Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt worden. Auch die Fraktionen der Nationalversammlung haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Die Stellung, die die Mehrheitsfraktionen zu einer Volksabstimmung einnehmen, ist bekannt. Mit wenigen Ausnahmen ist die Fraktion für ein Plebiszit. Auf Seiten der Demokraten sollen gleichfalls Erwägungen für eine Volksabstimmung bestehen.

Der Gedanke, die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages auf dem Wege des Referendums auf die Gesamtheit des Volkes zu übertragen, der bereits vor einiger Zeit von einem Teil der sozialdemokratischen Presse aufgeworfen worden war, scheint im sozialdemokratischen Lager an Anhängern zu gewinnen. Der „Vorwärts“ hat ihn neuerdings wieder in einem Artikel vertreten. Er führt aus, daß, wie auch immer die Regierung in dem Friedensvertrage sich entscheiden werde, in jedem Falle der Sturz der Regierung und die Anarchie die Folge zu werden. Werde die Unterwerfung abgelehnt, so werde nicht eine starke Woge der Begeisterung der Regierung und der Friedensdelegation recht geben; träte dann aber die Ernüchterung ein, und sängen die Folgen der Ablehnung an, sich fühlbar zu machen, dann werde man die Regierung für alles verantwortlich machen. Aber auch im Falle der Unterwerfung würde die Regierung für alle Folgen, die vom Volke sehr bald empfunden werden würden, verantwortlich gemacht werden. Eine solche Verantwortungsübernahme, sei die Regierung nicht in der Lage, weil sie Mandat nur aufreichte, um einen Wilson-Frieden anzunehmen. Da aber der von der Entente vorgeschlagene Friede mit den vierzehn Punkten Wilsons nicht übereinstimme, so könne die Regierung weder ablehnen noch unterzeichnen, sondern das Volk müsse um seine Meinung befragt werden.

Ob die Regierung diese Auffassung teilt, ist nicht bekannt. Manche Anzeichen sprechen aber dafür, und deshalb muß man auch auf die Bedenken, die gegen eine Volksabstimmung in diesem Falle sprechen, aufmerksam gemacht werden. Auf den ersten Blick mag es durchaus demokratisch erscheinen, das ganze Volk über den Friedensschluß zu befragen, aber die Demokratie besteht keineswegs darin, daß die Gesamtheit des Volkes auch wirklich über alle Fragen, die das Staatsgeschick betreffen, entscheiden muß. Es gibt Fragen (und das gilt besonders in der auswärtigen Politik), die so kompliziert sind, deren Folgen so einschneidend und bestimmend für die Zukunft eines Volkes sind, daß sie nur von einem Gremium wirklich Wissender und Verantwortlicher entschieden werden können, niemals aber von der Masse des Volkes, die sich umständlich der ganzen Tragweite und aller Folgen solcher Beschlüsse bewußt werden kann. Dazu ist eben die Regierung imstande. Sie führt die Geschäfte des Reiches und faßt ihre Entschlüsse, getragen von dem Vertrauen des gesamten Volkes, beziehungsweise von der Zustimmung der Mehrheit der vom Volke gewählten parlamentarischen Vertretung. Glaubt sie die Verantwortung für so schwerwiegenden Entschlüsse, wie ihn die Annahme oder die Ablehnung des Friedensvertrages darstellt, allein tragen zu können, so mag sie darüber die Nationalversammlung befragen. Ein Referendum aber halten wir einen schweren politischen Fehler, zumal es die Regierung doch niemals von der vollen Verantwortung entlasten kann.

Die „Rheinische Zeitung“ läßt sich unter dem 15. Mai von der Berliner Redaktion folgendes drohen:

Während die Regierung die Lösung ausgab, daß auf die anstehenden feindlichen Friedensverhandlungen, die in ihrer bisherigen Form unannehmbar seien, werde mit Ja noch mit Nein geantwortet werden solle, sondern daß man in Verhandlungen zu kommen suche, hat sich die Stimmung des Volkes bereits unter dem Eindruck der überlachten Einzelheiten des uns Zugemuteten stark nach der Richtung des Nein entwickelt. Mithin steht sich die Regierung in dieser Stimmung bereits um einen Grad weiter getrieben, als sie sich für ihre Politik des Abwiegens zu Verhandlungsmöglichkeiten gewandt haben dürfte. Die Ansicht, daß man letzten Endes auch ohne wesentlichen Verhandlungserfolg besser daran tue, dennoch zu unterzeichnen, ist, wie bereits gemeldet, vom Kabinett abgelehnt worden. Wenn nun das Gerücht etwa, von den Demokraten und dem Zentrum sei ein sozialdemokratischer Regierungsmannern eine Art Minimum, um diesen Standpunkt zu erreichen, gestellt worden, so ist diese anachronische Krise in aller Form bereits in Rede gestellt worden. Tatsächlich sind auch Sozialdemokraten in der Regierung zum größten Teil von sich aus, nicht nur auf dem Wege des schließlichen Kabinettsbeschlusses, zu dieser Auffassung gelangt. Neuerdings ist aber wieder die Frage einer Volksabstimmung in der Öffentlichkeit wieder in den Vordergrund gehoben worden. Selbstverständlich erfordert dies für das Kabinett schwerste ernste Erwägungen, die auch, wie wir zu wissen glauben, mit dem Ausdenken aller Folgen und Forderungen für die in diesem Falle nächstbeteiligten Regierungsmänner wohl schon gepflogen werden. Eine Volksabstimmung aber wäre nicht etwa eine Entlastung für die Regierung, sondern ein lässliches Abwälzen der Verantwortung auf die Unfähigkeit der Regierung, an dieser Stelle schon ausführlicher erörterten moralischen Gegenstände gegen eine Volksabstimmung noch einmal aufzuweisen.

Bayerischer Landtag.

Treu zum Reich. Kein Sonderfrieden.

Bamberg, 15. Mai.

Zu einer mächtigen Kundgebung des bayerischen Volkes versammelte sich heute vormittag 9 Uhr im Kaiserfaal der Residenz zu Bamberg der bayerische Landtag. Von der Regierung hatten sich die in Bamberg weilenden Minister eingefunden. Präsident Schmitt eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er die einzige Geschlossenheit Bayerns und des Reiches im Kampf um die Zukunft betonte. Er schloß mit den Worten: Vor dem Lande darf ich feststellen: Wir Deutschen stehen in geheimer Geschlossenheit hinter der Regierung des Reiches in diesem Kampf um unsere Existenz und unsere Zukunft, in diesem Kampf um unser nacktes Leben. Ministerpräsident Hoffmann wandte sich in einer Rede von eindringlicher Kraft gegen die Friedensbedingungen.

Er schloß mit folgenden, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Worten: Wie ein Mann steht das bayerische Volk zum Deutschen Reich. Es lehnt jeden Gedanken eines bayerischen Sonderfriedens ab. Wir Bayern leben mit unseren deutschen Brüdern oder gehen unter mit ihnen. Heute in der schweren Stunde unseres Volkes schwören wir Treue dem Reich, Treue unseren deutschen Brüdern. Ein Lump, der jetzt sein Volk und Vaterland verläßt! Die Entente und die Welt sollen hören: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in gleicher Not und trennen und Gefahr! Hierauf wurde einstimmig, auch von den Unabhängigen, folgende Entschließung angenommen, die einen förmlichen Schwur bedeutet:

Der bayerische Landtag ist einig mit dem ganzen deutschen Volk in der unbedingten Ablehnung der Friedensbedingungen, die in der jetzigen Form den wirtschaftlichen und politischen Tod Deutschlands bedeuten. Die bayerische Volksvertretung wendet sich insbesondere mit Entrüstung gegen die Abtrennung fremden Gebiets, die in Ost und West. Dieses Vorgehen schlägt nicht nur der Gerechtigkeit ins Gesicht, sondern steht auch im trassen Widerspruch mit den Grundätzen, die unsere Gegner im Verlauf des Krieges und beim Abschluß des Waffenstillstandes als Grundlage des Friedens anerkannt haben. Ebenso verurteilt das gesamte bayerische Volk das Bestreben, Deutschland wirtschaftlich vollständig zu erdroffeln. Alle Versuche unserer Feinde, Bayern durch Gewalt oder List vom Reich loszureißen, müssen an der unerschütterlichen treuen deutschen Gesinnung des bayerischen Volkes zu scheitern werden.

In der nächsten Woche wird der Landtag in seine eigentlichen Beratungen eintreten.

Die Folgen einer Ablehnung.

Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Auffassung in den Kreisen der Alliierten ist, daß man einen tatsächlichen Widerstand Deutschlands in vier Wochen bezwingen haben wird. Die lächerliche Wiedereinführung der Blockade in Verbindung mit der restlosen Beilegung der wichtigsten deutschen Gebiete wird die Unterwerfung Deutschlands schnell vollenden. Die Deutschen täuschen sich jetzt genau so, wie sie sich 1914 getäuscht haben. — Die „Times“ melden aus Paris: Sollten die Deutschen Widerstand versuchen, so ist der jetzige Friedensvertrag hinfällig und Deutschland muß auf noch härtere und schwerere Bedingungen sich gefaßt machen. — „Daily Mail“ melden aus Paris: Die militärischen Vertreter der Alliierten haben sich in Marshall noch in das Hauptquartier begeben. Der französische und der polnische Vertreter haben sich ihnen angeschlossen.

Weitere Noten.

Aus Versailles wird gemeldet, daß die deutsche Friedensdelegation an weiteren Noten arbeitet, die sämtliche Punkte des Friedensvertrages betreffen. Die nächste Note dürfte die Frage von Elsass-Lothringen sowie die östlichen Gebietsfragen behandeln. Außerdem ist eine Note in Vorbereitung über die Frage der Kohlen- und Eisenindustrie und über die Erbschaftssteuer.

Der Gegenvorschlag.

Im Kabinett finden jetzt täglich Besprechungen über die Friedensfrage statt. Wie die „A. B.“ erklärt, ist beabsichtigt, sobald die Vereinbar zum Abschluß gekommen sind, mit einem umfassenden Gegenvorschlag an den Verhandlung heranzutreten. Dies wird in einigen Tagen der Fall sein können.

Der Grenzschutz Ost.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind in den letzten Tagen die Grenzschutztruppen auf die doppelte Stärke ihres Bestandes gebracht worden, um die deutschen Gebiete vor Angriffen zu schützen. Die Auflösung des Großen Hauptquartiers in Kolberg ist vorläufig verschoben worden.

Aus dem englischen Besatzungsgebiet.

Die englischen Truppen haben am Montag unerwartet den besetzten Teil der Stadt Remscheid geräumt. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Nach einer Mitteilung der britischen Kommission in Spa vom 12. Mai sind zu den im englischen Besatzungsgebiet verbotenen Zeitungen noch folgende hinzugekommen: Der „Tag“, der „Berliner Volksanzeiger“ und die „Weberzeitung“.

Ein Attentat auf Paderewski.

Nach Meldungen aus Warschau wurde auf den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in der Nähe der Warschau-Wiener Eisenbahn ein Mordanschlag verübt. Ein Mann richtete den Revolver auf ihn; der Anschlag mißlang jedoch.

Abbruch der Südwestafrikaner.

Unerwartete Ankunft in der Heimat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Unerwartet traf am vergangenen Sonntag unsere Südwestafrikaner in Wesel ein. Ein feierlicher Empfang wie seinerzeit den Ostafrikanern konnte ihnen nicht zuteil werden, denn um ihre Ankunft wußte niemand in Deutschland. Die englische Regierung hat unsere maßgebenden Stellen von der bevorstehenden Ankunft nicht in Kenntnis gesetzt. Das deutsche Volk aber ruft den heimgekehrten Landsleuten aus Südwestafrika ein herzlich willkommen zu. Auch sie wurden im Sommer des Jahres 1914 vom Kriege überrascht und verteidigten mit ihren schwachen Kräften den deutschen Boden in Südwestafrika so gut und so lange es eben ging. Bis in den Juli 1915 hinein konnten sich unsere Truppen halten; da entschlossen sich der Gouverneur und der Kommandant zur Vermeidung von weiterem Blutvergießen und zur Erzielung einer möglichst günstigen Uebergabe zu Verhandlungen, die am 9. Juli 1915 zur ehrenvollen Uebergabe der noch etwa 2000 Mann starken Truppe führten. In diesem Kapitulationsvertrage von Koros war den Schutztruppenangehörigen, soweit sie zum Beurlaubtenstand zählten, das Recht zugesichert worden, zu ihrem bürgerlichen Berufe zurückzukehren. Die aktiven Offiziere wurden, soweit sie sich bereit erklärten, nach selbst gewählten Wohnsitzen entlassen; die Schutztruppe selbst sollte an einem noch zu bestimmenden Orte des Schutzgebietes interniert werden. Die Gewehre wurden den Offizieren und Mannschaften belassen. Des weiteren legt die offiziöse Rundgebung dar, daß England trotz dieser Abmachungen unsere Landsleute genötigt hat, ihre neue südwestafrikanische Heimat und ihre Arbeit zu verlassen, und schließt: Wir sind nicht wissend, unser südwestafrikanisches Gebiet, das wir durch rechtmäßige, auch von unseren Gegnern anerkannte Verträge erworben und in dreißigjähriger harter Arbeit zur Blüte gebracht haben, den Gegnern zu überlassen; wir sind nicht wissend, die wohl-erworbenen Rechte unserer südwestafrikanischen Landsleute preiszugeben. Das herzlich willkommen, das wir heute den heimgekehrten südwestafrikanischen Männern, Frauen und Kindern zurlieben, verbinden wir mit dem feierlichen Versprechen, auch ihre Rechte auf dem Kampfplatz in Versailles zu verteidigen bis zum Äußersten.

Ostasiatische Angelegenheiten.

Das „Echo de Paris“ meldet, daß eine Gruppe amerikanischer, englischer, französischer und japanischer Banken ein internationales Konsortium gebildet hat, um die Interessengruppen in China in einer Hand zu vereinigen und Anleihen finanzieller, administrativer und industrieller Art an die chinesische Regierung in Zukunft gemeinsam auszugeben.

Washington, 12. Mai. (Reuter.)

Zu der Pariser Meldung, daß ein neues Konsortium, bestehend aus englischen, französischen, japanischen und amerikanischen Banken, sich bildete, um China zu finanzieren, wird vom Staatsdepartement amtlich erklärt, wenn die Bedingungen der Anleihe gerecht und billig seien und die Zustimmung der chinesischen Regierung fänden, werde die amerikanische Regierung die Interessen aller beteiligten amerikanischen Banken wahren.

Amsterdam, 12. Mai.

„Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet die „Times“ aus Paris, daß die koreanische Delegation an die Friedenskonferenz das Ersuchen richtete, den Vertrag von Seoul vom 22. August 1910, durch den Korea an Japan angeschlossen wurde, aufzuheben. Dieser Vertrag sei Korea durch Gewalt und Betrug aufzuzwingen und von seinem Kaiser unterzeichnet worden, der nur eine Marionettenfigur war, dem das koreanische Volk das Recht, es zu vertreten, entschieden aberkannt. Korea macht außerdem geltend, daß Japan die Unabhängigkeit Koreas verhierte; außerdem beruft sich Korea in der Forderung auf Unabhängigkeit auf die vierzehn Punkte Wilsons. Das Ersuchen Koreas ist namens der vorläufigen republikanischen Regierung und namens von 137 000 Koreanern unterbreitet worden.

Kurze politische Nachrichten.

Der neue Oberpräsident von Westpreußen.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen ist an Stelle des zurückgetretenen v. Naeve der Oberbürgermeister Schandenburg aus Altona ernannt. Der neue Oberpräsident ist Westpreuze und kommt aus dem Kreis Graudenz. Schandenburg gehört der Deutschen demokratischen Partei als führendes Mitglied an.

Ablehnung eines kommunistischen A- und S-Mates.

In Kempten ist der A- und S-Mat abgelehnt worden, der zum größten Teil aus kommunistischen Elementen bestand. Ueber die Stadt ist das Landrecht verhängt worden. Die Waffenablieferung wurde sofort in die Wege geleitet.

Konstantin.

Davas meldet: Es wird offiziell behauptet, daß die amerikanische Regierung das englische Protektorat über Ägypten anerkennt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 16. Mai.

Wiesbadener Mutterkuch.

Die Jahresversammlung des Wiesbadener Mutterkuchens E. V. fand Ende vorigen Monats im Bürgeraal des Rathauses bei kaffigem Besuch und mit bedeutender Tagesordnung statt. Die Vorsitzende, Frau Kunkin, berichtete, daß der Verein im verfloßenen Jahr das blühende der Schwerekrankheit Verbannten ehedrige Haus Emmerstraße 49 gekauft habe, da das Eigenheim in der Herrngartenstraße mit seinen 5 Müttern- und 7 Kinderbetten schnell zu klein geworden sei. Der Hauskauf wurde ermöglicht durch die Hilfe opferfreudiger Gönner und durch ein zinsloses Darlehen der Stadt aus der Gärtnerei in Höhe von 12.000 M., die Ausstattung erleichtert durch großes Entgegenkommen der beteiligten Firmen. Nur so konnte in dieser schweren Zeit ein Heim werthvoller Menschenliebe zum Schutze gefährdeter Mütter und Kinder neu begründet werden. Allen Mithelfenden sei herzlich Dank gesagt. Das neue Heim ist mit 11 Müttern und 20-22 Kindern dauernd besetzt.

Gleichzeitig wurde die Arbeit der Sprechstunde, für welche eine Juristin als Geschäftsleiterin angestellt wurde, Frau Dr. jur. Rinowald, die sich mit ganzer Persönlichkeit ihrer umfangreichen Aufgabe hingibt. In der Arbeitsgruppe des Vereins kam regelmäßig Dienstags früh eine größere Zahl dienstbereiter Frauen zusammen. Auch allen diesen spricht die Vorsitzende freudigen Dank aus. Die Vorstandssitzungen fanden meist im Anschluß an die Arbeitsgemeinschaften statt und zeigten u. a. sieben Eingaben, die leider nicht alle den gewünschten Erfolg hatten. Insbesondere blieb die zu erwartende Unterstützung seitens der Landesversicherungsanstalt und seitens der Bezirksstelle für Säuglings- und Kleinkinderkassen aus. Dagegen hat die Stadt dankenswerthe Weise 3000 M. Jahresbeitrag gewährt und ist durch zwei Herren im Ausschusse des Vereins mit vertreten.

Der nun folgende Tätigkeitsbericht der Geschäftsleiterin Frau Dr. jur. Rinowald wirft grelle Streiflichter auf unsere Zustände. In die Sprechstunden des Vereins zu Wiesbaden, Nieblich und Mainz kamen 231 Personen mit 1155 Rückfragen (gegen 81 und 259 vom 1. April bis Dezember 1917), und zwar 128 uneheliche Mütter, 91 verheiratete Frauen und 12 Verwitwete. Geschiedene oder Getrennte. Dem Verufe nach stellte das Hauspersonal weitaus den größten Prozentsatz. Die Anträge betrafen Unterhaltungen aller Art; 81 uneheliche Mütter suchten Heimaufnahme nach. In vielen Fällen konnte der Verein erfreuliche Hilfe leisten, und ganz unberaten verließ kaum jemand seine Schwelle. Mehr die Art der Mutterkuche führenden Begleitungen ergaben sich in dieser Kriegszeit erschreckende Zahlen; in 24 Fällen war den Müttern der Name des Kindesvaters unbekannt geblieben. Ein kreisender Notstand ist es, wie die Mütter auch ihren Pflichten gegen uneheliche Kinder sich zu entziehen suchen. Nur die 58 Frauen, die einer Kasse angehören, waren in ihrer schweren Stunde der Niedertracht einermassen vor Not geschützt. Möchte auch nach aber unmittelbar recht viel weitere Unterstützung gewonnen werden für die Begleitungen des Mutterkuchens, welcher zugleich der beste Kinderkuch ist.

Der Kassenbericht ergab, daß der Verein ca. 14.000 M. Haushaltssachen, einschl. fast 3000. Personalausstattung für 68 Frauen und 55 Kinder, und ca. 10.000 M. Unkosten incl. Gehälter und Löhne gehabt hat. Dazu mußten für ca. 11.000 M. Mobilien neu angeschafft werden. An Pflegegeldern kamen nur rund 5000 M. ein, da der Pflegenachdruck zu halten ist und öfter gar nicht eintrifft; an ordentlichen Mithilfsbeiträgen rund 4000 M.; an Sonderpenden gegen 18.000 M. Im neuen Jahr mit seinen vermehrten Ansprüchen sind erneut größere Zuwendungen sehr erwünscht zu wünschen.

Herr Dr. med. Koch, welcher in aufopfernder Weise dem Mutterkuchenhilfliche Dienste leistet — den früher ähnlich selbstlos tätigen Herren Dr. Schneider und Dr. Strick war von der Vorsitzenden schon aufschicht gedankt worden — hielt nun einen wertvollen Vortrag über Nahrungsergänzungen, die jetzt um so eindringlicher nötig geworden, zumal Deutschland in der Ernährungskrisis schon vor dem Kriege nur von Deckerreich übertrifft wurde. Brunnennahrung, ärztlich geleitete individuelle Ernährung der Neugeborenen, allerfeinsten Sauberkeit im Kleinen und Einzelnen gegenüber der Infektionsgefahr in Heimen und Anstalten werden mehr als je gefordert. Da die Sterblichkeit der unehelichen Kinder doppelt so groß ist, wie die der ehelichen, greift hier der Mutterkuch doppelt heftig ein — Es folgten noch einige persönliche Verhandlungen und Neuheiten. Der Vorstand bleibt, wie bisher: Frau Kunkin 1. Vorsitzende, Präbier G. Tschirn Schriftführer und Mentier L. Boar Kassensführer.

Kassensam aber sicher zeigen auch die Preise vieler Einfuhrwaren weiter nach unten, und dies trotz der unerfreulichen Tatsache eines erneuten Kursrückfalls des Marktwertes. Die Kassationsen dürften so abfallen sein, daß sie allen Mithilfsleistungen Rechnung tragen d. h. für die ersten waren die Forderungen im Kleinverkauf erstaunlich hoch: Der Abholer mußte also auf alle Fälle kommen. Bei Kaffee, Tee und Kakao ist die Grundsatzfrage leider noch eine sehr geringe, doch wird auch hier die Zeit die erwünschte Milderung noch bringen, wie diese u. a. im Kleinhandel mit Kaffee seit einigen Tagen wahrnehmbar geworden. Von 2 M. und 2.50 M. für das Viertel ist der Preis jetzt bis auf 1.20 M. gesunken, also um 100 Prozent. Dieses Beispiel sollte aber warnend wirken: in Dresden ist ein ähnlicher, wenn auch nicht gleich harter Preisrückgang voranzufahren, weil die Ware bei einer Forderung von 1.20-1.60 M. für das Stück ohne entsprechenden Absatz bleiben muß. — Die erfreuliche Erscheinung auf dem Gebiete der Preisabfälle ist aber die Verbilligung der Seifen aller Art, ein Kapitel, das vermehrt ebenfalls das Stichwort trägt: Fortsetzung folgt.

Kleerverteilung. Neben den bereits bekannt gegebenen Lebensmitteln erhalten die Kunden der Mutterkuche Nr. 10-13 am Freitag und Samstag dieser Woche je Kopf 100 Gramm Limburger Käse zum Preise von 30 Pfg. für 100 Gramm.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag in der Reichstraße bei der Rückfahrt französischer Tanks vom Marktplatz. Ein französischer Soldat wollte während desfahrens absteigen, fiel aber so unglücklich, daß er von den schweren Rädern überfahren und zu Tode gebracht wurde.

Standesamt-Nachrichten. Sterbefälle: Am 14. Mai Edward Schäfer, Präbier, 62 Jahre; Heinrich Bokbach, Fuhr- und Tiefbauunternehmer, 54 Jahre; Ferdinand Kowalew, Anwalt, 69 Jahre; Wilhelm Wirth, Drogeriebesitzer, 70 Jahre; Hermann Griel, Kaufmann, 62 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Elternabend. Das Kaufm. Lehrlingsheim Wiesbaden, Lehrlings-Abteilung im D. S. R., veranstaltet am Sonntag, den 18. Mai, abends 7 Uhr im Saale des Rath. Volksvereins, Luisenstraße 20, einen Elternabend.

Aus den Vororten.

Sonnenberg.

Die Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich am Mittwoch mit der an den Kreis abzuführenden Kreissteuer, welche für Sonnenberg die Summe von 20.000 M. beträgt. Der im Haushaltsplan eingezeichnete Betrag von 15.000 M. reicht hierzu nicht aus, weil der Satz der Kreissteuer auf annähernd 30% gestiegen ist. Die Vertagung bewilligte den überschreitenden Betrag von 5000 M. — Wegen der gewaltigen Steigerung der Betriebskosten hat die Stadt Wiesbaden, sich auf eine Reichsverordnung stützend, die Milderung des Gaslieferungsvertrages angeregt. Die Milderung besteht in der Hauptsache darin, daß bei einer Erweiterung des Gaszählwerks der Beitrag für jeden laufenden Meter von 4 M. auf 14 M. erhöht wird. Die Vertagung bewilligte die vom Gemeindevorstand empfohlene Milderung. — Von der Berechnung der Kohlen- und der Warenumschlagsteuer seitens der Stadt Wiesbaden aus Anlaß der Abgabe von Gas an Straßenbeleuchtungsarbeiten wird Kenntnis genommen. Die Vertagung beschließt, die berechneten Beträge auf die Gemeinde zu übernehmen. — Eine einnehmende Beschreibung veranlaßt die Vorlage des Kostenantrages über Pfahnarbeiten in den Straßen des Eigenheims. Die Anschlagssumme beträgt 2700 M., jedoch erscheint es bei der dauernden Steigerung des Materials und der Arbeitslöhne kaum möglich, mit diesem Betrage auszukommen. Mit Rücksicht darauf, daß während der ganzen Kriegsjahre an den Straßen des Eigenheims nur wenig Reparaturarbeiten vorgenommen wurden und weil sich aus diesem Grunde einzelne Straßen in sehr schlechtem Zustande befinden, erklärt sich die Vertagung bereit, die Kosten zu bewilligen. Voraussetzung ist aber, daß alle noch nicht zur Ausführung gekommenen Kanalanalysen vor Annahmefristen der Arbeiten durchgeführt werden, damit weitere Nacharbeiten an den Straßen vermieden werden. — Die Kosten zur Erstellung des französischen Sprachunterrichts von 200 M. werden bewilligt. Wegen der Einführung des französischen Unterrichts in der letzten Unterrichtsstufe der Volksschule behält sich die Gemeinde weitere Beschlußfassung vor. — Dem Zuge der Zeit folgend hat der Gemeindevorstand die Freilassung der Einkommen von 420 bis 900 M. von der Gemeindevorstandsteuer vorgeschlagen, weil die Personen mit dem erwähnten Einkommen schon an sich mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen haben. Unter Anerkennung der Gründe bewilligt die Vertagung die Freilassung dieser Einkommen und beschließt, die fixierten Normalätze von 1.20 M., 2.40 M. und 4. M. ab 1. April 1919 nicht mehr zu erheben.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Großener in Frankfurt.

Ein Großfeuer richtete in der Nacht zum Donnerstag in der Mitternachtsfabrik von Lonsberg und Döndorf in der Stadtteil Bodenheim bedeutenden Schaden an. Zur Bekämpfung des Brandes, der sich schließlich auf die Dächerhöfe von drei umfassenen Fabrikgebäuden erstreckte, mußte der größte Teil der Feuerwehr alarmiert werden.

m. Vom Mittelrhein, 14. Mai. Geländete weibliche Leiche. Bei Weidenharm wurde die Leiche einer weiblichen Person gefunden. Es wurde festgestellt, daß es sich um ein seit drei Wochen in Coblenz vermisstes Mädchen handelt.

wh. Frankfurt a. M., 14. Mai. Ein peinlicher Zwischenfall. Vom Kommandeur des Abschnittes IV der neutralen Zone, Frankfurt a. M., wird uns folgendes zur Veröffentlichung übermittelt: Heute nachmittag gegen 5 Uhr hatten sich Teilnehmer eines großen Demonstrationzuges vor dem dichtbesetzten Kaffee „Mumpelmauer“ gesammelt, in dem ein französischer Offizier in Begleitung eines Herrn und einer Dame ihre Aufmerksamkeit erregten. Ein deutscher Offizier und ein Angehöriger der Sicherheitsgruppe, die zugegen waren, wurden trotz ihrer anfänglichen Beilegung von der Menge gezwungen, schaukeln, ob die Begleiter des französischen Offiziers Deutsche oder Franzosen seien. Obwohl der französische Offizier sich und seine Begleitung einwandfrei ausweisen konnte, nahm die Menge eine drohende Haltung gegen ihn ein.

Vermischtes.

Der Spandauer Millionentraub.

Der Millionentraub in der Spandauer Zitadelle, bei dem mehrere Risten mit römischen Noten entwendet worden sind, scheint seiner Aufklärung entgegenzugehen. Bei Emmerich an der holländischen Grenze sind vier Personen verhaftet worden, die einen Teil der geraubten Noten über die Grenze zu schmuggeln versuchten. Die Berliner Polizei nahm einen Mann fest, der von den Schmugglern als einer der Diebe bezeichnet wurde, in dessen Auftrag sie das Geld nach Holland bringen sollten. Es handelt sich um einen früheren Leutnant Bingle, der während der Revolutionstage im November vorigen Jahres Gerichts- und Verpflegungsbeamter in Spandau war. Der Millionentraub ist bereits in den ersten Tagen nach der Revolution verübt worden. Den Räubern fielen damals ungefähr 30 Millionen Mark Tausendlei-Noten in die Hände. Den an der holländischen Grenze verhafteten Personen wurde ein Betrag von 3 Millionen bei obgenommen. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß Bingle bald nach dem Raub aus dem Geistesdienst ausgeschlossen ist und in Berlin ein Kompaniegeschäft betreibt hat. Bingle befreit, mit dem Millionentraub etwas zu tun zu haben. Sehr früherer Vursche und leiblicher Kompanion, der ebenfalls festgenommen werden sollte, befindet sich zurzeit auf Reisen, jedoch seine Verhaftung bisher nicht erfolgen konnte. Nach späteren Meldungen ist Leutnant Bingle wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sich der gegen ihn ausgesprochene Verdacht als unbegründet erwies. Der Verdacht gegen seinen früheren Vurschen Bingle hat sich dagegen noch verstärkt. Der Verfolgte ist gerade seit dem Tage verschwunden, als die erste Nachricht von dem Millionentraub in die Öffentlichkeit drang. Auch die Spandauer Sportalben sind in die Angelegenheit verwickelt.

300.000 M. geraubt. Wie aus Oberhessen gemeldet wird wurde auf der Chaussee nach Hohenlimde ein Wagen der Rührlich Donnermarschen Vermahlung in Reudel von acht Banditen überfallen. Die die Kutscher und das Begleitpersonal von dem Gefährt rissen und mit dem Wagen davonfuhren. Im Wagen befanden sich 300.000 M. Pohnalder, die der Raub in Beuthen ausgeführt werden sollten. Die Räuber entkamen unbekannt.

Gaußschiffleiter: Bernhard Großhans. Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Großhans; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Eisenberger; für Stadt- und Landverhältnisse, Gericht und Sport: I. S. Hans Gänke; für die Angelegen: J. S. Gänke; für die Angelegen: J. S. Gänke; für die Angelegen: J. S. Gänke.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Berliner Börse.

Berlin, 15. Mai 1919.

V.K.	L.K.	V.K.	L.K.
Schatung	126.25	125.25	124.25
Lombard	19.25	20.7	139.75
Hamburg-Amerika	90.25	91.50	2.4
Nord-Lloyd	91.0	93.0	155.50
Reichshandelsbank	146.50	145.25	111.0
Darmst. Ad. Bank	115.50	115.0	127.50
Deutsche Bank	207.50	207.0	147.0
Disconto Commandit	16.75	16.5	132.50
Dresdner Bank	139.0	139.50	165.50
Adlerwerke	20.0	21.50	137.12
Allgem. Elektriz.	165.0	165.5	135.12
Badische Anilin	271.0	269.75	135.12
Pochumer Guss	165.50	164.50	135.12
Bender	130.75	130.50	135.12
Chem. Grisehalm	190.0	190.0	135.12
Chem. Albert	310.0	305.0	135.12
Dalm. er Motoren	82.50	100.0	135.12
Deutsch-Luxemburg	119.0	121.87	135.12
Deutsche Waffen	231.0	229.50	135.12

Berlin, 15. Mai.

Devisenmarkt.

	14. Mai 1919	15. Mai 1919
Holland	542.00	542.50
Dänemark	322.00	322.50
Schweden	344.00	344.50
Norwegen	334.00	334.50
Schweiz	272.00	272.50
Oesterreich-Ungarn	49.45	49.55
Bulgarien	—	—
Konstantinopel	—	—
Madrid	226.00	227.00
Helsingfors	126.75	127.25

Kurhaus Wiesbaden.

Auf Wunsch der französischen Besatzungsbehörde wird das für heute Freitag vorgesehene

Cyklus-Konzert

auf Samstag, den 24. ds. Mts. verlegt.
3059] Städtische Kurverwaltung.

Kaffee **Taunus** Restaurant
Täglich:
Frilcher Stangenpargel
mit holländischer Sauce
2 Mark.

Schinken mit Spargel

schmeckt sehr gut, ist aber rar und teuer,
sobald sich dieses nicht viele leisten können.

Dagegen
Seefisch
mit Spargel

schmeckt ausgezeichnet
und ist billig, s s s

da sowohl für Seefische als auch Spargel
die Preise bedeutend gesunken sind.

Seefische sind jetzt täglich reichlich
in allen bliefigen Fischgeschäften
zu haben.

Meine Geschäftsstelle bleibt bis auf
weiteres nach außen hin

nachmittags geschlossen.

Geschäftsstunden von 8½-1 Uhr vormittags.
Bezirks-Direktor Ludwig Jstel,
Webergasse 16.

Speckverteilung.

Aus den von der Besatzungsbehörde übergebenen Beständen
gelangen am Samstag in familiären Mengen

200 g Speck

zum Preise von 6.30 Mark je Pfund gegen Abgabe der Markte
markte 2 zur Verteilung.
Wiesbaden, den 15. Mai 1919.

Der Kassier.